



Interviews

Datum: 14. Februar 2024

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Johann Wadephul, CDU, stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bundestag

Barbara Schmidt-Mattern: Am Telefon begrüße ich jetzt Johann Wadephul, Christdemokrat, Vizevorsitzender der Unions-Fraktion im Deutschen Bundestag. – Guten Morgen, Herr Wadephul.

Johann Wadephul: Guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern.

Schmidt-Mattern: Ich habe es schon erwähnt: Sie waren gerade vor Ort in Israel, gemeinsam mit Partei- und Fraktionschef Friedrich Merz. Sie sind gestern zurückgekehrt aus Israel. Wie frustrierend ist so eine Reise in diesen Kriegstagen?

Wadephul: Frustrierend ist vielleicht nicht der richtige Ausdruck. Es ist eine Reise, die einen in jeder Hinsicht mitnimmt, ein Dilemma schlimmer als das andere. Es ist eine Reise gewesen, in der wir unterstrichen haben, dass wir an der Seite Israels stehen. Das tun wir alle zum Glück in einem großen breiten Zusammenschluss in Deutschland seit dem schlimmen 7. Oktober. Das stand im Zentrum. Wir waren übrigens auch an der Nordgrenze Israels zum Libanon, wo neue, andere Gefahren durch eine andere Terrororganisation, die Hisbollah drohen. Der Staat Israel ist wirklich in einer Sicherheitsgefahr. Das stand im Zentrum. Aber klar, das unendliche Leid, was auch die Palästinenser erleiden, das kann man auch nicht übersehen. Das will auch niemand übersehen. Es wird alles durch die Hamas verursacht. Das muss immer wieder deutlich werden.

Schmidt-Mattern: Die Lage in der völlig überfüllten Grenzstadt Rafah im Gazastreifen, im Süden dort, die löst jetzt weltweit Sorge aus. Sowohl der US-Präsident Joe Biden als auch die deutsche Außenministerin haben Israels Regierung vor der angekündigten Bodenoffensive gewarnt, aus Sorge um die Zivilbevölkerung. Wie stehen aus Ihrer Sicht die Chancen, dass es nicht zu dieser Bodenoffensive der israelischen Armee kommt?

Wadephul: Eine unkonditionierte Bodenoffensive, eine Bodenoffensive, die jetzt einfach so starten würde, die steht aus meiner Sicht nicht bevor. Das ist der Regierung in Israel auch vollkommen bewusst, weil es in der Tat, wie Frau Baerbock sagt, Schutzräume geben muss, Möglichkeiten geben muss, die große Zahl von Zivilisten, die dort sind, zu schützen. Auf der

anderen Seite muss man klar sagen: Es geht nicht nur abstrakt um das Selbstverteidigungsrecht Israels. Das ist schon richtig. Aber im Kern befindet sich in Rafah noch eine große Zahl von Kämpfern der Hamas, die militärische Führung mindestens der Hamas auch, und denen muss das Handwerk gelegt werden – am besten dadurch, dass sie sich ergeben, dass sie ihre Waffen abgeben, dass sie sich entwaffnen lassen, dass sie den bewaffneten Kampf gegen Israel aufgeben – widrigenfalls bedauerlicherweise auch militärisch -, denn die Hamas ist es gewesen, die diese ganze Lage am 7. Oktober verursacht hat, die sie auch bis heute fortsetzt, die Geiseln nicht freilässt und auch im Grunde die gesamte palästinensische Bevölkerung – wir reden hier über eine Million Menschen, die in Rafah jetzt sind – in Geiselhaft nimmt, quasi als Schutzschild benutzt, um sich selber und ihren eigenen Terrorkampf zu schützen. Das darf am Ende auch nicht aufgehen und das aufzulösen ist außerordentlich schwer. Aber unsere klare Position ist – und soweit verstehe ich auch die Außenministerin und auch die Bundesregierung insgesamt -, wir unterstützen Israel darin, der Hamas am Ende das Handwerk zu legen.

Schmidt-Mattern: Nur wird da gerade ein Unterschied deutlich. Während die Bundesregierung, sprich Annalena Baerbock, Israel vor der Bodenoffensive warnt, hat Ihr Fraktions- und Parteichef Friedrich Merz Benjamin Netanjahu ausdrücklich seine Unterstützung zugesagt und ausgedrückt, am Montag beim gemeinsamen Gespräch. Ist das Oppositionsarbeit auch im Ausland?

Wadephul: Ich glaube, die Außenministerin hat gerade in den letzten 24 Stunden ihre Position verändert. In der Tat hat sie am Samstag vor dieser Offensive gewarnt. Gestern hat sie das auch nach dem Gespräch mit dem palästinensischen Außenminister schon nicht mehr getan. Insofern ist sie auf unsere Linie eingeschwenkt, die heißt – und die sollte in Deutschland auch zumindest in der Mitte des Spektrums unstreitig sein -, wir unterstützen Israel. Israel hat ein Recht, die Hamas zu bekämpfen. Die Hamas hat am 7. Oktober ein Massaker unternommen, ausgeführt, das die Welt noch nicht gesehen hat. So viele Menschen sind seit dem Holocaust an Juden nicht gestorben. Die Hamas setzt diesen Kampf fort und dagegen muss sich Israel zur Wehr setzen können. Niemand sagt – das habe ich auch eingangs ja gesagt, Frau Schmidt-Mattern -, dass das jetzt in einem einfachen Losschlagen besteht. Das kann ich übrigens auch aus den Gesprächen sagen. Niemand, auch Premier Netanjahu hat in den Gesprächen gesagt, dass das so geschehe. Im Gegenteil! Alle wissen, dass ein maximaler Schutz von Zivilbevölkerung erfolgen muss. Das ist außerordentlich schwer. Übrigens wird es dann leichter, wenn wir die Hamas überzeugen, endlich einen Kompromiss einzugehen und endlich die Waffen abzugeben, und deswegen sollte die Bundesregierung mindestens so sehr, wie sie Israel mahnt, humanitäres Völkerrecht einzuhalten, was selbstverständlich ist, Druck auf andere arabische Staaten ausüben, die dann wieder die Hamas unter Druck setzen könnten.

Schmidt-Mattern: Ich möchte da gerne noch mal widersprechen. Sie sagten gerade, die Bundesaußenministerin habe ihre Linie geändert, was eine Warnung vor der israelischen Bodenoffensive in Rafah betrifft. Wir haben vor wenigen Minuten den O-Ton von Frau Baerbock gehört, in dem sie Israel noch einmal warnt. Wie kommen Sie da zu der Interpretation, die Linie sei geändert beziehungsweise auf Linie der Union eingeschwenkt worden?

Wadephul: Na ja. Sie hat sich am vergangenen Samstag anders eingelassen und hat ganz prinzipiell diese Offensive in Frage gestellt. Heute sagt sie das, was alle sagen, was auch Präsident Biden sagt und was wir auch sagen, wir haben Sorge – das ist jetzt die Formulierung von Frau Baerbock; das hat sie gestern gesagt -, sie habe Sorge um die Zivilbevölkerung in Rafah. Die haben wir alle, das ist das Normalste von der Welt, und diese Sorge haben wir auch noch einmal ausdrücklich der israelischen Regierung ausgedrückt. Das mussten wir übrigens gar nicht, denn von vornherein hat Premier Netanjahu gesagt, dass man das sieht, und deswegen beginnt jetzt auch nicht, obwohl sie das schon jeden Tag könnte, eine Offensive, sondern man macht sich Gedanken darum, man arbeitet einen Plan aus, wie die Menschen geschützt werden können. Die Schutzräume, von denen Frau Baerbock gesprochen hat, sind übrigens auch gar nicht so weit entfernt von dem, was die israelische Regierung sich vorstellt. An all diesen Dingen muss jetzt gearbeitet werden. Nur, um es auf den Punkt zu bringen, Frau Schmidt-Mattern: Am Ende kann es nicht sein, dass die Hamas bewaffnet ihren Terrorkampf gegen Israel fortsetzt. Das muss klar sein.

Schmidt-Mattern: Ich möchte gerne noch mal bei der palästinensischen Zivilbevölkerung bleiben. Es geht aktuell die Sorge um vor einer Zwangsumsiedlung der nach Rafah geflüchteten Palästinenser. Wie groß schätzen Sie diese Gefahr ein?

Wadephul: Na ja, man kann mit dramatischen Worten auch eine Sache verunmöglichen. Ich meine, wenn Frau Baerbock ...

Schmidt-Mattern: Sie halten das für überzogen, diese Warnung?

Wadephul: Sagen wir es mal so: Wenn Frau Baerbock von Schutzräumen spricht, dann werden das ja Schutzräume außerhalb von Rafah sein. Ist das, was Frau Baerbock da vorschlägt, eine Zwangsumsiedlung? – Nein, das würde ich nicht sagen. Das sollte man ihr nicht unterstellen.

Schmidt-Mattern: Und außerhalb des Gazastreifens? – Sprich eine Zwangsumsiedlung auf ägyptisches Terrain?

Wadephul: Das wollen die Ägypter zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Um es mal klar zu sagen: Es wird, ich glaube, mit Deutschland insgesamt – jedenfalls ist das die klare Position von CDU/CSU, aber auch der Bundesregierung – keine Umsiedlung von Palästinensern aus dem Gazastreifen heraus geben. Es wird keine Entvölkerung geben, sondern die Palästinenser haben selbstverständlich ein Wohn-, ein Leberecht und ein Existenzrecht im Gazastreifen – allerdings friedlich und nicht die Sicherheit des Staates Israel bedrohend. Das ist jetzt einfach gesagt und schwierig herbeizuführen, aber das wäre auf keinen Fall – und das will auch niemand; das will übrigens auch niemand in Israel, das sollte man nicht unterstellen – nicht akzeptabel und das ist auch keine Lösung. Aber es geht jetzt darum: Wenn die Hamas nicht friedlich zu einer Einigung bereit ist und sich entwaffnen lässt, dann muss man, so gut es irgend geht – und das ist sehr, sehr schwierig -, die Zivilbevölkerung von den Hamas-Kämpfern trennen. Die Hamas führt herbei, dass die Menschen gefährdet werden, weil sie die Menschen praktisch in Geiselhaft nimmt – alle, nicht nur die Israelis, sondern auch die eigene Bevölkerung. Sie nutzt sie als Schutzschild und diese schreckliche Vorgehensweise darf am Ende nicht aufgehen.

Schmidt-Mattern: Das dürfte schwierig werden, diese Trennung bei über einer Million Menschen. – Herr Wadephul, wir müssen noch einen ganz harten thematischen Schnitt machen. Ich möchte Sie unbedingt noch nach der innenpolitischen oder verteidigungspolitischen Haushaltsdebatte hier in Deutschland fragen. Ihr Parteifreund Roderich Kiesewetter schlägt jetzt vor, angesichts des Volumens des Bundeswehr-Sondervermögens, dass man das doch verdreifachen sollte, um die deutsche und europäische Verteidigungspolitik anzupassen an die neuen Herausforderungen und Gefahren. Gehen Sie da mit oder ist das ein Einzelvorschlag, eine Einzelmeinung?

Wadephul: Na ja. Er hat sich bezogen auf eine Bemerkung der Wehrbeauftragten Eva Högl, die gesagt hat, um eigentlich die Probleme der Bundeswehr zu lösen, wären nicht 100, sondern 300 Milliarden notwendig, und das stimmt natürlich.

Schmidt-Mattern: Gehen Sie da mit?

Wadephul: Die Summe wird am Ende aufgebracht sein. Wir sind allerdings nicht der Auffassung, dass das in einem Sondervermögen geschehen sollte, sondern in einer Aufstockung des Verteidigungsetats. Deswegen hatten wir Verteidigungsminister Pistorius unterstützt,

zehn Milliarden in diesem Jahr mehr zur Verfügung zu stellen, den Verteidigungsetat um zehn Milliarden zu erhöhen. Das wäre richtig gewesen. Man braucht nicht immer neue Sondervermögen, sondern man braucht im normalen Haushalt im Einzeletat für die Bundeswehr höhere Summen. Es ist bedauerlich, dass Herr Pistorius sich nicht hat durchsetzen können. Darunter leidet die Bundeswehr. Wir müssen – das ist vollkommen klar – mehr Geld für Verteidigung ausgeben und dem wird die Ampel derzeit nicht gerecht.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.